

Riesauer Tageblatt

und Anzeiger (Ebeblatt und Anzeiger).

Das Riesauer
Tageblatt Nr. 20
Sonntag Nr. 23

Das Riesauer Tageblatt ist das zur Veröffentlichung der amtlichen Bekanntmachungen der Amtshauptmannschaft Großschönau befähigter Blatt und enthält amtliche Bekanntmachungen des Finanzamtes Riesa und des Hauptpostamtes Weichen

Postfach:
Riesa 1588
Verlag:
Riesa Nr. 58

Nr. 134

Donnerstag, 11. Juni 1936, abends

89. Jahrg.

Das Riesauer Tageblatt erscheint jeden Tag abends 7/8 Uhr mit Ausnahme der Sonn- und Festtage. Bezugspreis, bei Vorauszahlung, für einen Monat 3 Mark, ohne Zustellgebühr, durch Postbezug RM. 2.14 einschl. Postgebühr (ohne Zustellgebühr), bei Abholung in der Geschäftsstelle Wochenkarte (6 aufeinanderfolgende Nr.) 65 Pfg., Einzelnummer 15 Pfg. Anzeigen für die Nummer des Ausgabestages sind bis 10 Uhr vormittags aufzugeben; eine Gewähr für das Erscheinen an bestimmten Tagen und Plätzen wird nicht übernommen. Grundpreis für die gesetzl. 46 mm breite mm-Zeile oder deren Raum 9 Pfg., die 90 mm breite, 3 gespaltene mm-Zeile im Textteil 25 Pfg. (Grundfrist: Zeit 3 mm hoch). Ziffergebühr 27 Pfg., tabellarischer Satz 50%, Aufschlag. Bei fernmündlicher Anzeigen-Bekehrung oder fernmündlicher Abänderung eingeladener Anzeigentexte oder Probeabzüge schließt der Verlag die Inanspruchnahme aus. Ränge in nicht drucktechnischer Art aus. Preisliste Nr. 3. Bei Konkurs oder Zwangsvergleich wird etwa schon bewilligter Nachlass hinsichtlich Erfüllungsort für Lieferung und Zahlung und Gerichtsstand in Riesa. Höhere Gewalt, Betriebsstörungen usw. entbinden den Verlag von allen eingegangenen Verpflichtungen. Geschäftsstelle: Riesa, Goethestraße 58.

Zur Finanzierung der deutschen Arbeit

Dr. Goerdelers Rede auf dem Internationalen Gemeindefongress

(Berlin. Der Oberbürgermeister von Leipzig, Dr. Goerdeler, hat am Mittwoch vor dem Internationalen Gemeindefongress, wie bereits kurz berichtet, die Finanzierung der deutschen Arbeitsbeschaffungsmaßnahmen einleitend behandelt. Oberbürgermeister Dr. Goerdeler schilderte einleitend die deutsche Maßnahmen gegen die Arbeitslosigkeit, ein wohlüberdachtes System verschiedener Maßnahmen, die in den Jahren 1933/34 in Deutschland ergriffen worden sind, um die Arbeitslosigkeit von den verschiedenen Seiten her zur Auflösung zu bringen.

Zur Finanzierung der Arbeitsbeschaffungsmaßnahmen erklärte Dr. Goerdeler u. a.: Die Kosten wurden aus laufenden Einnahmen, durch Kautelen und durch kurzfristige Kredite bestritten. Ein Teil der Gelder endlich ist durch die freiwillige Spende zur Förderung der nationalen Arbeit angebracht worden.

Für die Arbeitsbeschaffungsmaßnahmen sind im Rahmen der Haushaltsmittel des Reiches 1195 Millionen RM bereitgestellt worden, die Ende 1934 fast restlos vergeben waren. 140 Millionen sind durch freiwillige Spende zur Förderung der nationalen Arbeit gedeckt.

Die Reichsanstalt hat für die Finanzierung der wertschöpfenden Arbeitslosenfürsorge in den Jahren 1933/35 fast 2 Milliarden ausgeben, die dem Träger der Arbeit, das sind in der Regel die Länder, Gemeinden und Gewerbeverbände, bewilligt wurden.

Bei der Ausdehnung der Arbeitsbeschaffungsmaßnahmen konnten die Mittel nicht mehr durch die Haushalte bereitgestellt werden. Die dazu notwendigen langfristigen Kredite waren auf dem Kapitalmarkt nur begrenzt zu beschaffen. Es sind daher neue Wege eingeschlagen worden.

Zunächst der der Vorfinanzierung, das heißt des Vorgriffes auf künftige Einnahmen, also eine Vorbelastung des künftigen Staatshaushalts. Die Vorfinanzierung erfolgte kurzfristig durch Wechsel, wobei sich das Reich zur Einlösung aus Haushaltsmitteln verbürgte. Die Vorbelastung betrug für die Jahre 1933/34, 1934/35, 1935/36, 1936/37, 1937/38, 1938/39 900 Millionen RM.

Eine sehr wesentliche Belastung des Arbeitsmarktes bedeutet natürlich alle direkten Aufträge des Staates zur Erfüllung von Staatszwecken aller Art. Es ist in Deutschland nicht anders wie sonstwo in der Welt, daß selbstverständlich auch die Rüstung des Volkes erhebliche Teile der Wirtschaft beschäftigt. Auch bei anderen Völkern stehen erhebliche Teile des Volkseinkommens in der Rüstung.

Nach eingehender Darlegung der Art der Finanzierung und ihrer Auswirkungen wandte sich Dr. Goerdeler an den Professor Gilton aufgestellten Fragen an. Derer wesentliche, erklärte der Redner, war doch wohl die, ob es denn sinnvoll ist, erst durch das Generieren der einzelnen Menschen Mittel für ihre kleinere Arbeitsbeschaffung wegzunehmen und sie im Großen zu verwenden. Herr Prof. Gilton hat vollkommen Recht, dieses ist nicht sinnvoll, und es ist daher eine kühne Aufgabe und gleichzeitig höchste Kunst jeder öffentlichen Verwaltung, ihre Anforderungen an die Wirtschaftskraft des Einzelnen so zu gestalten, daß auf beiden Seiten das Optimum an Wirkung herauskommt.

Auch Kredite sind Schulden und müssen aus dem Einkommen oder dem Kapital des Volkes bezahlt werden. Stets aber ist die Privatwirtschaft zu gewissen Zeiträumen in einen Zustand der Überfälligkeit oder Grundung eingetreten. Wir können das Konjunkturrückgang nennen. In diesem Zeitraum stellen Spargebühren zum Teil ungenutzt da. In einem solchen Zeitraum ist es durchaus berechtigt, daß der Staat und die Gemeinden aus dem Kapitalmarkt Mittel übernehmen, um zweckvoll in der Zukunft nützliche Arbeiten auszuführen, nur ist es selbstverständlich, daß Staat und Gemeinden hierbei zwei Grenzen halten müssen. Die eine ist gegeben dadurch, daß dem Kapitalmarkt nicht das für die Privatwirtschaft notwendige Blut entzogen werden darf. Die zweite ist gegeben durch die Rücksicht auf die Zukunft. Die hineingenommenen Mittel müssen zurückgezahlt werden.

Ich stimme mit Herrn Professor Gilton vollkommen darin überein, daß also, um jede Grenzüberletzung zu verhüten, alles getan werden muß, um die natürlichen Kräfte des Menschen in Bewegung zu setzen.

Das 19. Jahrhundert hat einen in der Geschichte seltenen Zeitraum des Friedens, der Ordnung und der Entwicklung zur Wohlstand gebracht. Das lag daran, daß die politische Entwicklung in ungenügender Harmonie mit der technischen und wirtschaftlichen verlief. Die Friedenskräfte des 19. Jahrhunderts erschienen von einer seltenen Verantwortung für die Zukunft getragen. Ein gleiches kann man nun einmal von der Beendigung des Weltkrieges nicht sagen. Fluggesund und Schnellwagen, drahtlose Nachrichtenübermittlung und Fernsehen, die Erzeugnisse des 20. Jahrhunderts, entbehren der wirtschaftlichen Ausnahmumstände, weil die Saat des Weltkrieges die unerlässlichen politischen Vorbedingungen für weiträumigen Verkehr nicht schaffen kann. Dies Weltweits zu beseitigen, mußte die erste Aufgabe sein, und dies Mühen mußte solange lebendig sein, solange die

Ehre des einzelnen Volkes nach verschiedenem Maße gemessen wurde.

Wenn also das deutsche Volk dazu übergegangen ist, verlagte Ehren wieder herzustellen, so mögen in der ersten Aufwallung Rüstungen denkbar sein. Wer aber mit der großen Verantwortung, die die Zukunft erfordert, an eine ruhige Überlegung geht, der wird anerkennen müssen, daß die Beseitigung dieses Krankheitsherdes letzten Endes allen zugute kommen wird.

Wir stehen in der Welt vor großen Entscheidungen. Entweder wird auf der Grundlage sicherer Währungen und ihrer Abstimmung aufeinander und durch Bericht auf einseitige Abänderung die unerlässliche Voraussetzung für eine Gesundung und Belebung des Güterstandes in der Welt geschaffen, dann kann jedes Volk seine besten geistigen, körperlichen und sittlichen Eigenschaften ausnützen, und die allgemeine Gütererzeugung wird so billig wie möglich und die Befriedigung des Bedarfs daher auch so umfassend wie möglich sein, oder man will oder kann die Großzügigkeit, die nun einmal zu einem solchen Entschluß gehört, nicht aufbringen. Dann bleibt auf die

Dauer nichts anderes übrig, als die Arbeitslosigkeit, die sich im 19. Jahrhundert aus der Weltwirtschaft entwickelt hat, wieder zu beseitigen und zu einer minder-arbeitsgeteilten Wirtschaftsform in jedem einzelnen Volke in mehr oder weniger großem Umfang zurückzuführen. Das eine solche Wirtschaft, die die Gaben der Natur vernachlässigt, für jedes Volk teurer ist und daher den Lebensstandard zu senken zwingt, ist eine mathematisch ausrechenbare Tatsache. Die Völker der Welt erleben in der Arbeitslosigkeit die Folgen eigenen fehlerhaften Tuns. Da sie alle in gleicher Verdamnis sind, ist die Aussicht der gemeinsamen Umkehr noch nicht versperrt. Es würde mir nützlich erscheinen, wenn auch dieser Kongress von Gemeindefongressen, die ja letzten Endes von den Auswirkungen wirtschaftlicher und sozialer Erschütterungen immer mehr betroffen werden, diese Erkenntnis vertiefen würde, wenn er den Willen zur Zusammenarbeit fassen würde. Diese Zusammenarbeit muß die natürlichen Grundlagen eines lebendigen Leistungsaustausches wieder herstellen. Das deutsche Volk ist, wie der Führer und Reichskanzler wiederholt feierlich verkündet, aus innerster Überzeugung zu einer solchen Gemeinschaftsarbeit bereit.

Bundesrat Motta gegen Wiederaufnahme der Beziehungen mit Moskau

Eine bemerkenswerte Anprangerung kommunistischer Methoden

(Bern. Im schweizerischen Nationalrat begann am Mittwoch die große Aussprache über die Wiederaufnahme der Beziehungen der Schweiz zu Sowjetrußland. Von kommunistischer, sozialdemokratischer und unabhängiger Seite (Zentrumsgruppe) liegen entsprechende Anträge vor. Ferner sprach sich in einem Beschlusse der Geschäftsprüfungsausschuss, der in Montreux tagte, mit 9 zu 3 Stimmen für die Wiederaufnahme aus.

Die Reden der Antragsteller zur Begründung eröffnete der Kommissionsreferent Graf (Freisingen). Er erklärte, daß besonders wirtschaftlich interessierte Kreise die Wiederaufnahme der Beziehungen anstrebten, da sie der Auffassung seien, daß eine Verbesserung der Handelsbeziehungen von der politischen Anerkennung Sowjetrußlands abhängen. Er persönlich sei gegen die Wiederaufnahme.

Der sozialdemokratische Parteiführer Reinhard ebenso der Ingenieur Stäubli (Unabhängig) erklärten sich für die Wiederaufnahme, während der Abgeordnete Bakoton in scharfer Form Ablehnung der Anträge verlangte.

Bundesrat Motta

legte in längerer Rede die ablehnende Haltung des Bundesrates dar. Der Bundesrat, so erklärte er, hat nie verhindert und verhindert nicht, daß Geschäftskontakte mit Rußland regelmäßige Handelsbeziehungen unterhalten. Er wünscht die Entwicklung dieser Beziehungen, muß aber die Geschäftswelt vor Risiken warnen. Er bekennt, daß die offizielle Anerkennung im Stande wäre, das Wesen und die Bedeutung des gegenseitigen Handelsverkehrs in wirklich fühlbarer Weise zu ändern.

Der Anfall Rußlands am Weltmarkenhandel ist verhältnismäßig klein. Die Schweiz hatte im Jahre 1935 als kleines Land von 4 1/2 Millionen Einwohnern einen Außenhandel anzudeuten, der bedeutender ist als derjenige des inneren Rußlands mit seiner Bevölkerung von 160 Millionen. Der russische Außenhandel ist übrigens in einem Schumpungsprozess begriffen. Er belief sich im Jahre 1935 im ganzen nur auf 1650 Millionen Goldfranken, während der schweizerische Außenhandel noch eine Billion aufweist, die 3 Milliarden übersteigt.

Besagen hat die Sowjetunion vergangenes Jahr anerkannt. Die Ergebnisse für den Handel waren enttäuschend. Ministerpräsident van Zeeland hat dies öffentlich erklärt. Holland hat gleich der Schweiz die Sowjetunion nicht anerkannt und hat nicht die Absicht, den Sowjetstaat anzuerkennen. Sein Handel mit Rußland übersteigt dennoch beträchtlich denjenigen Belgiens. Die Vereinigten Staaten haben der Sowjetunion 1933 anerkannt. Diese Anerkennung war durch die Banken und die anderen Geschäftskreise befürwortet worden. Ihr Ziel wurde nicht erreicht.

Bundesrat Motta sprach dann davon, daß jeder Staat sich die Einrichtungen geben könne, die seinen Bedürfnissen entsprechen, daß es aber zu den schwersten staatlichen Pflichten gehöre, wenn in der Außenpolitik die Parteibedenken hineingetragen würden. Von jeder habe sich deshalb der Bundesrat gegen die Bestrebungen der sozial-

istischen und kommunistischen Parteien erhoben, ihre Ideologien zur Basis der Außenpolitik zu machen. Er habe im Jahre 1934 gegen den Eintritt Sowjetrußlands in den Völkerbund gestimmt. Diese Haltung sei durch das Parlament und die große Mehrheit des Volkes gebilligt worden. Der moralische und politische Kredit der Schweiz sei durch diese Stellungnahme in der Welt noch gewachsen. Damit habe der Bundesrat aber keineswegs einen Akt der Einmischung in die inneren Angelegenheiten Sowjetrußlands begangen. Die Haltung in Genf schließe auch nicht aus, daß die Schweiz eines Tages nach längerer oder kürzerer Frist sich doch noch zu einer offiziellen Anerkennung entschließen könnte, wenn die allgemeine internationale Lage und die ganzen Umstände sich tiefgreifend geändert haben. Eine solche Entscheidung setzt jedoch voraus, daß der Bundesrat Motta fort, daß die Umstände, unter denen wir leben, eine tiefgehende Änderung erfahren.

Wäre die russische Regierung im gegenwärtigen Augenblick im Stande, darauf zu verzichten, die kommunistische Propaganda direkt oder indirekt zu unterstützen? Die Sowjetregierung könnte dies nicht, selbst wenn sie es verspräche. Die kommunistische Propaganda stellt uns aber in unseren Augen ein moralisches Verbrechen dar, ein Verbrechen zwar, das unsere Gesellschaft als solche noch nicht umschrieben und geahndet hat, aber dennoch ein Verbrechen.

Die Sowjetregierung ist heute noch untrennbar von der Dritten Internationale. Es besteht zwischen der Sowjetregierung und der kommunistischen Partei eine teilmoralische Identität der Personen und eine verwirrende Solidarität der Ideen und Interessen.

Der Einfluß Rußlands ist überall am Werke. Die Dritte Internationale schwingt die Brandfackel im Westen Europas und feiert dort die Verbindung von Kommunismus und Anarchie. Der Einfluß Rußlands arbeitet, wo er kann, an der Bildung von Volksfronten. Er bringt die französischen Kommunisten dazu, die Militärkredite anzunehmen, und die Schweizer Kommunisten, sie abzulehnen. Die kommunistische Taktik kennt alle Formen und alle Schattierungen. Sie sucht Revolutionen in Brasilien, in Argentinien, in Uruguay und in anderen Staaten Südamerikas zu entfachen.

Es ist nicht richtig, daß die Schweiz in ihrer dauernden Betätigung, Sowjetrußland offiziell anerkennen, allein dassetzt. Holland, Portugal und Jugoslawien betreiben die gleiche Politik wie wir. Die 20 Republiken Süd- und Mittelamerikas handeln ebenso.

Der Augenblick, unsere Politik abzuändern, wäre darum schlecht gewählt. Die politische Weltlage verbietet uns, zu dulden, daß unser Boden unter dem Deckmantel von Privilegien und diplomatischen Immunitäten zu einem internationalen Propagandazentrum wird. Unser Volk würde es nicht verzeihen, wenn der Nationalrat sich hiebei für den Appell einer verantwortlichen und einigen Regierungen und dazu läme, einer Seite das Wort zu sprechen, die heute dem denkbar unerwünschtesten Abenteuer den Weg ebnen müßte.